

Wir danken unseren Wählern für ihr Vertrauen!
Sie haben uns bei unserem Bemühen um eine rein sachliche und ehrliche Vertretung der Interessen aller Menschen in Nideggen sehr geholfen.

Das Wahlergebnis 2014 (2009):

CDU	MFN	SPD	Grüne	FDP	Unabhängige
32,09(29,86)%	19,71(15,35)%	18,63(18,75)%	11,84(12,03)%	7,66(11,90)%	10,07(10,44)%
9 Sitze (8)	6 Sitze (4)	5 Sitze (5)	3 Sitze (3)	2 Sitze (3)	3 Sitze (3)

Ausschussgröße

Die Parole der anderen Ratsfraktionen "MFN klein halten" war nicht wirklich erfolgreich: MFN stellt nun die zweitstärkste Fraktion. Nun war es der SPD wichtig die Argumente aus 2009 für die damalige Verkleinerung der Ausschussgröße zu widerlegen. Die (nicht mehr zweitstärkste) SPD-Fraktion schickte ihren erfahrensten Strategen, Eduard Müllejans, an die Front um die Änderung der Ausschussgrößen von 9 auf 11 Mitglieder zu erreichen (nur so hätte die SPD wieder Anspruch auf 2 Sitze). In mehreren Vorbesprechungen erfand er immer neue Argumente dafür – vergeblich. Zu Höchstform lief er dann in der ersten Ratssitzung auf. Er begründete wortreich den Verzicht der SPD auf den Bauausschussvorsitz. Mit nur einem SPD-Vertreter im Ausschuss sei dies nicht möglich. Nideggen muss damit auf den "überaus erfahrenen" Eduard Müllejans als Bauausschussvorsitzenden verzichten. Das rührte ihn selbst so sehr, dass er völlig vergaß, dass er sich 2009 geweigert hatte diesen Vorsitz zu übernehmen (damals hatte die SPD noch 2 Sitze).

Bauausschuss

Damit fiel der Bauausschussvorsitz an die CDU, die Sigurd Nießen nominierte. Er wurde schon in der 2. Sitzung von der eigenen Fraktion überfordert. Als er von der MFN-Fraktion darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die CDU einen nicht stimmberechtigten Teilnehmer geschickt hatte, konnte er sich nur auf einen Beschluss der CDU-Fraktion berufen und führte die Sitzung weiter. Die CDU war auf die kühne Idee verfallen, sie könne beliebig Bürger als Vertreter Sachkundiger Bürger in die Ausschüsse schicken. Wenigstens einer der neuen CDU-Ratsmitglieder hätte doch ihre "alte und erfahrene" Fraktionsführung fragen können, warum Sachkundige Bürger und ihre Vertreter in der ersten Ratssitzung gewählt wurden. Die in der Sitzung anwesende Bürgermeisterin beanstandete alle so zustande gekommenen Beschlüsse nachträglich. Die Sitzung wurde wiederholt.

Stadtentwicklungsausschuss

Die CDU nominierte Hubert Müller als Vorsitzenden. In der vergangenen Wahlperiode hatte er bereits dieses Amt mehr oder weniger ausgeübt. Er ließ sich mehrmals vertreten, einmal legte er sogar den Vorsitz während der Sitzung nieder und verließ die Sitzung. Neue Ideen oder Impulse für die Stadtentwicklung sind von ihm nicht zu erwarten. Für Überraschungen ist er aber immer gut. Nachdem sich z.B. die CDU klar gegen die Kreuzauer Windräder an Nideggens Stadtgrenze ausgesprochen hatte, stimmte er den Vertragsverhandlungen mit den Windkraftplanern zu.

Denkmalausschuss

Denkmalschutz gehört zu den Aufgaben des Bau-, Planungs-, Denkmal-, Umweltausschusses. Nicht allen Ausschussmitgliedern ist das bewusst, der Verwaltung auch nicht. Ein Antrag den Bebauungsplan so zu ändern, dass aus dem Cafe Heiliger Wohnraum wird und zusätzlich 2 Wohngebäude errichtet werden, enthielt keinen Hinweis auf die Denkmalschutzsatzung und die Gefährdung der Anerkennung als "Historische Altstadt".

Unsere Forderung:

- Erst Beratung im Stadtentwicklungsausschuss,
- dann Beratung im Bauausschuss
- und normales und nicht "Beschleunigtes Verfahren".

Für Änderung im "beschleunigte Verfahren" stimmten CDU, SPD, FDP. Kein CDU-Mitglied konnte auf Nachfrage die Bedeutung des beschleunigten Verfahrens erklären.

Trinkwasserschutz

Die EU-Normen für das Grundwasser werden in der BRD in 37 % aller Vorkommen bereits nicht erfüllt. Es droht ein Verfahren wegen Verletzung der EU-Nitrat-Richtlinie. Und es wird noch schlimmer: 160 Mio. Kubikmeter Gülle werden jährlich in Deutschland als Dünger auf den Feldern entsorgt. Per Bahntransport wäre das ein Güterzug von 45.000 km Länge, länger als der Äquator (DIE ZEIT, 4.9.14). Mittel- bis langfristig landet der überwiegende Teil

im Grundwasser. Grund genug, sich ernsthafte Gedanken um die Sicherung der Trinkwasserversorgung zu machen. Ein Nidegger Bürger hatte erfahren, dass der WZV (Wasserzweckverband) Gödersheim Trinkwasser in nicht unerheblichen Mengen auch an landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe außerhalb Nideggens verkauft. Er erkundigte sich in der Einwohnerfragestunde bei der Bürgermeisterin (= Verbandsvorsteherin WZV) nach den Konditionen. Er wurde auf eine schriftliche Antwort vertröstet. Nachdem er sie nicht erhielt, stellten wir im Bauausschuss (auch für Umweltfragen zuständig) die Fragen:

- theoretisch mögliche jährliche Trinkwasserfördermenge,
- tatsächliche jährliche Fördermenge,
- Anteile des Verbrauchs für gewerbliche und sonstige Zwecke,
- Konditionen, zu denen das geförderte Wasser für öffentliche und für gewerbliche und sonstige Zwecke abgegeben wird,
- voraussichtliche Entwicklung der möglichen Fördermengen.

Auch wir erhielten keine Antwort. Frau Göckermeyer meint, dafür sei nur der WZV zuständig. Wir meinen, es geht um die noch sauberen Trinkwasservorräte Nideggens, also Umweltschutz in Nideggen. In der ersten Sitzung konnte sie sich damit noch durchsetzen. Bei der Sitzungswiederholung ging unser Antrag, innerhalb von 3 Monaten die Fragen im Ausschuss beantwortet zu erhalten, einstimmig durch.

Ortsvorsteherin in Muldenau

In der MFN-Info 5/2014 hatten wir die Muldenauer Wähler informiert: "Wenn wir in Muldenau die meisten Stimmen erhalten, werden wir Alexandra Schröder wieder als Ortsvorsteherin vorschlagen. Wenn Sie die Wahl annimmt, behält Muldenau eine **politisch ungebundene engagierte Ortsvorsteherin.**" Erstmals erhielten die Grünen in einem Ortsteil den höchsten Stimmenanteil und damit das Vorschlagsrecht. Sie hätten Frau Schröder vorschlagen können – das taten sie nicht. Wir wünschen Frau Faller, dass es ihr gelingt sich mit dem gleichen persönlichen Engagement wie ihre Vorgängerin für Muldenau einzusetzen.

Akteneinsicht

Die Bürgermeisterin hatte nach der Wahl den Bürgern verraten, dass sie mit dem Rat "vertrauensvoll und konstruktiv zusammenarbeiten" wolle. Ihr zu vertrauen haben wir längst keinen Grund mehr. Sachlich und vernünftig mit einander umzugehen könnte aber möglich sein. Solange sie jeden Antrag auf Akteneinsicht als persönlichen Angriff versteht, ist das schwierig. Wenn sie das Anfertigen von Kopien bei der Akteneinsicht prinzipiell verbietet, nehmen wir das nicht mehr hin. Wir hatten deshalb

das Verwaltungsgericht eingeschaltet. Ergebnis: Mit sichtlichem Genuss gönnte sich Frau Göckemeyer in der letzten Ratssitzung die Mitteilung, dass die MFN-Fraktion vor dem Verwaltungsgericht gescheitert sei. **Was sie verschwieg:** Wir hatten zunächst nur eine einstweilige Anordnung beantragt. Das bot u.a. den Vorteil, Kosten zu sparen. Die Gerichtskosten sind halb so hoch wie im Hauptverfahren. Außerdem gab es die Chance, dass **auch bei Ablehnung der Dringlichkeit genügend rechtliche Hinweise im Beschluss** zu finden sind, um z.B. eine begründete Prognose für den Ausgang des Hauptverfahrens zu erhalten. Das ist eingetreten. Das Gericht stellte fest:

- Frau Göckemeyers pauschaler Hinweis auf eine Schutzbedürftigkeit von internen Verwaltungsvorgängen verfängt nicht, da der Rat und seine Mitglieder ein Teil der Verwaltung und damit gerade keine Externen sind.
- Frau Göckemeyers Entscheidung war ermessensfehlerhaft.
- Ihr hinsichtlich der Form der zu gewährenden Akteneinsicht eröffnetes Verfahrens-Ermessen hat sie verkannt und erst gar nicht ausgeübt. **(Das ist die trockene juristisch einwandfreie Formulierung für inkompetente Willkür).**
- Es erscheint **überwiegend wahrscheinlich, dass der Antragstellerin ein mit dem Hauptantrag geltend gemachter Anordnungsanspruch zusteht.**

Frau Göckemeyers voreilige Freude über den Beschluss wird enden, wenn ihr jemand den Text erklärt.

Windkraft-Resolution

In der letzten Ratssitzung stellten wir eine Resolution gegen Kreuzaus Windkraftpläne zur Abstimmung. Sie endete mit der klaren Aussage:

"Der Rat der Stadt Nideggen wird alle politischen und rechtlichen Mittel prüfen und nutzen, um den Bau dieser Anlagen zu verzögern und möglichst zu verhindern." Wir glauben nicht ernsthaft, dass diese Resolution, die Gemeinde Kreuzau zur Aufgabe ihrer Pläne bewegt. Die Resolution hielten wir aber für notwendig, um

- den Nidegger Fraktionen Gelegenheit zur eindeutigen Stellungnahme zu geben.
- dem Kreuzauer Rat rechtzeitig einen eindeutigen politischen Mehrheitswillen zu demonstrieren.

Diesmal funktionierte es: Die CDU war wieder auf dem richtigen Kurs. MFN, FDP und CDU stimmten einstimmig für die Resolution. Auch die Verträge für die Nutzung Nideggerer Wege für den Bau und die Verkabelung der Kreuzauer Windräder wurden mit der diesmal stabilen Mehrheit abgelehnt. **Ob es bei einer leeren Drohung an Kreuzau bleibt, hängt davon ab, wie lange die CDU den richtigen Kurs hält.**